



HESSISCHER LANDTAG

17. 06. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Hessen-Forst muss Willen der Kommunen beachten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Wald ist für viele Bürgerinnen und Bürger Erholungs- und Naturraum. Er dient der umweltfreundlichen Nutzung der Ressource Holz und durch landschaftliche Reize der Naherholung von allen Menschen, die im Umfeld des Waldes wohnen. Der Wald ist außerdem der wichtigste Lebensraum für unsere Tier- und Pflanzenwelt.
2. Der Landtag stellt fest, dass für die Errichtung einer Windkraftanlage (WKA) von 200 m Nabenhöhe ein Fundament von etwa 3.500 Tonnen Stahlbeton notwendig ist. Dieses verdichtet den Waldboden und ist ein massiver Eingriff in das Ökosystem des Waldes. Zusätzlich müssen massive Rodungen für die Zufahrtstraßen und die Wartungszugänge vorgenommen werden, sodass Schneisen im Wald die Windanfälligkeit massiv erhöhen und Sturmschäden erleichtern. Viele Bürgerinnen und Bürger sind von den Ausmaßen der Eingriffe in ihrem Wald schockiert.
3. Neben den Fundamenten und den Zuwegungen müssen für die Kranstellfläche und den Arbeitsbereich für jede Windkraftanlage nach offiziellen Zahlen der Betreiber etwa 6.000 m² Wald gerodet werden. Der Landtag stellt fest, dass Windkraftanlagen im Wald die Bindung der Bürgerinnen und Bürgern mit ihrem Wald stören und der Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen massiv beeinträchtigt wird, ohne dass es vergleichbare naturschutzrechtliche Abwägungen wie bei anderen Bauvorhaben gibt.
4. Auch viele Kommunalparlamente vor Ort lehnen die Nutzung der Windkraft im Wald ab. Noch im November 2012 hatte der Landesbetriebsleiter von Hessen-Forst in der "FAZ" bekräftigt, dass man nicht gegen den Willen umliegender Kommunen WKAs im Staatswald errichten werde. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass diese Zusage des Betriebsleiters auch weiterhin Geltung hat. Hessen-Forst muss den Willen kommunaler Parlamente beachten und darf nicht gegen deren demokratisch legitimierte Beschlüsse Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Gemeinden errichten oder Flächen zur Errichtung zur Verfügung stellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. Juni 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch